# Die Nazis haben die Gewerkschaften verboten!

# Diese Regierung will sie ausbluten!

Durch die geplante Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes wollen Bundesregierung und Unternehmerverbände die Gewerkschaften finanziell ausbluten und damit weitgehend streikunfähig machen. Der umstrittene Paragraph regelt die Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit bei Arbeitskämpfen. Er besagt u.a., daß Arbeiter und Angestellte, die an einem Arbeitskampf beteiligt sind, kein Arbeitslosen- oder Kurzarbeitergeld vom Arbeitsamt kriegen.

Anders sieht es dagegen aus, wenn die Unternehmer in gar nicht am Streik beteiligten Tarifbezirken die Produktion einstellen und dies mit Auswirkungen eines Streiks in einem anderen Tarifbezirk begründen. Die von dieser kalten Aussperrung betroffenen Kolleginnen und Kollegen haben Anspruch auf Kurzarbeitergeld.

So war die Situation 1984 beim Streik für die 35-Stunden-Woche. In Baden-Württemberg und Hessen streikten 55000 Metaller. 315000 Arbeiter und Angestellte aber wurden von den Unternehmern in den anderen Tarifbezirken kalt ausgesperrt. Dann kam der berüchtigte Franke-Erlaß. Der Chef der Bundesanstalt für Arbeit wies die Arbeitsämter an, den kalt Ausgesperrten kein Kurzarbeitergeld zu zahlen. Das war rechtswidrig. Die Gerichte haben die Arbeitsämter zur Zahlung des Kurzarbeitergeldes verurteilt.

Jetzt wollen die Unionsparteien und die FDP auf Druck der Unternehmer den Rechtsbruch von damals zum Gesetz machen. Die Gewerkschaften müßten auch Unterstützung für die von den Unternehmern kalt ausgesperrten Beschäftigten zahlen. Wenn das schon 1984 so gewesen wäre, hätte die IG Metall für jede Streikwoche 1 Milliarde DM aufbringen müssen. Streikrecht gäbe es zwar noch auf dem Papier, aber keine Gewerkschaft könnte es bezahlen.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

EXTRA

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

# Hände weg vom Streikrecht!

Noch im Dezember will die Bonner Koalition über eine gesetzliche Änderung des § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes entscheiden.

Ein Paragraph soll geändert werden — das klingt undramatisch. Aber dahinter verbirgt sich der schwerwiegendste Angriff auf das Streikrecht und die Gewerkschaftsfreiheit seit Bestehen der Bundesrepublik.

Die Absicht, die die Unternehmerorganisationen und die politische Reaktion mit diesem Gesetzesvorhaben verfolgen, ist mehr als deutlich: Es soll den Gewerkschaften unmöglich gemacht werden, in Zukunft einen Streikkampf zu führen, wie ihn die IG Metall und die IG Druck und Papier 1984 für die 35-Stunden-Woche geführt haben. Noch vor der nächsten Tarifauseinandersetzungen, vor allem vor der nächsten Runde im Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, sollen die Gewerkschaften weitgehend entwaffnet werden; denn der Streik ist die einzige Waffe der Arbeiter und Angestellten gegen die Macht der Unternehmer.

Der Angriff auf das Streikrecht ist ein Angriff auf die Rechte und Freiheiten des Volkes überhaupt. Es muß in dieser Situation daran erinnert werden: Aussperrungsterror gegen die Arbeiterklasse, systematischer Kampf der reaktionärsten kapitalistischen Kreise zur Schwächung der Gewerkschaften — das war in der Endphase der Weimarer Republik der Weg in den Hitler-Staat.

Kapital und seine Wenderegierung wollen den Gewerkschaften jetzt das Rückgrat brechen. Wenn es ihnen gelingt, wird das nicht nur die Gewerkschaften betreffen. Alle demokratischen und fortschrittlichen Bewegungen werden dem direkten Zugriff der Reaktion ausgeliefert sein.

## Wer gibt den Ton an — für Kohl, Blüm und Bangemann?

Lange Zeit tat die Regierung so, als wolle sie keine Neuregelung des § 116. Zitate gibt's genug. Noch am 14. August sagte der parlamentarische Staatssekretär Vogt aus Blüms Ministerium: *„Die Bundesregierung hat bisher keine Überlegungen zu einer Änderung des Paragraphen 116 AFG angestellt."* Ähnlich äußerten sich Blüm selbst und Kohl. Doch auf einmal kam Fahrt in die Sache. Lambsdorff, der bekannte industrienahe Graf, kritisierte die Regierung, sie solle nur keine *„Höflichkeitshaltung"* gegenüber den Gewerkschaften einnehmen und Ende Oktober sagte BDA-Hauptgeschäftsführer Erdmann: *„Die Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit kann nach Auffassung der Arbeitgeber nur vom Staat selbst und nicht von den Tarifparteien garantiert werden... Deshalb könnten weder die Tarifvertragsparteien noch die Spitzenverbände... Vereinbarungen treffen."* Der Ruf nach dem Gesetzgeber (und seiner schwarzen Mehrheit) war da. Otto Esser drängte auch darauf wie die „Frankfurter Rundschau" berichtete: *„Esser beharrte... auf der Überzeugung, **daß der Gesetzgeber umgehend tätig werden müsse, um** indirekt von Arbeitskämpfen betroffene Arbeitnehmer vom Bezug von Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld auszuschließen."*

Die deutlichen Weisungen kamen von den Unternehmerverbänden. Und die Koalition will noch im Dezember alles klarmachen. Es ist klar: **Die Unternehmer wollen diese Gesetzesänderung — und die Regierung macht, was die Unternehmer wollen!**







## Gegen das Streikrecht, für Rekordgewinne und Arbeitslosigkeit

Monat für Monat meldet die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit die höchsten Arbeitslosenzahlen seit Bestehen der Bundesrepublik. Diese Regierung, die alles für die Gewinne der Konzerne und Banken tut, hat nichts getan, um die Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Die von den Gewerkschaften, vor allem von der IG Metall und der IG Druck & Papier erkämpfte Verkürzung der Wochenarbeitszeit, war die einzig wirksame Maßnahme gegen Arbeitsplatzvernichtung und Massenarbeitslosigkeit. Sie mußte gegen den Widerstand der Unternehmer und der Regierung in einem schweren Streik durchgesetzt werden. Ausgerechnet dieser Streik ist nun der Anlaß für den Angriff auf das Streikrecht.

Das ist kein Zufall. Kohl, Blüm und Bangemann vergießen zwar bei jeder Gelegenheit Krokodilstränen über die Massenarbeitslosigkeit, aber das ist pure Heuchelei. Für die Unternehmer, für die Auftraggeber der Wende also, ist die Arbeitslosigkeit gut fürs Geschäft. Jeder Arbeitsplatz, den sie wegrationalisieren, bedeutet für sie mehr Profit. Je größer das Heer der Arbeitslosen, desto größer die Möglichkeit der Unternehmer zum Lohnabbau, zur Verschärfung der Arbeitshetze, zum betrieblichen Sozialabbau.

Das „Verbrechen" der Gewerkschaften, vor allem der IG Metall und der IG Druck & Papier, besteht in den Augen von Kapital und politischer Reaktion gerade darin, mit dem Kampf für die Wochenarbeitszeitverkürzung zumindest teilweise erfolgreich gegen diese Unternehmerstratgie gekämpft zu haben.

Um den weiteren Kampf der Gewerkschaften entscheidend zu erschweren, soll jetzt das Streikrecht weitgehend eingeschränkt werden.

# Der Gruselkatalog des Herrn Müller

Herr Müller, ehemaliger Präsident des Bundesarbeitsgerichts, erstellte vor einigen Monaten für 30000 DM ein Gutachten für den (IG Metaller?! und) Bundesminister Blüm. Seine „Vorschläge" u.a.:

• *„Daß der Gesetzgeber hinsichtlich der Zwangsschlichtung (überlegen sollte) einschlägige gesetzgeberische Arbeiten im Blick zu behalten"* (S. 78/79) — wie in der Schlußphase der Weimarer Republik sollen Arbeitskampf und Streik durch staatliche Zwangsschlichtung verhindert werden!

• *„Ärzten ist keine Streikbefugnis zuzuerkennen ... In der Konsequenz dieser Sicht führt das ferner zu dem Ergebnis, daß das gesamte Krankenhauspersonal nicht streikfähig ist ... Möglicherweise sind auch noch andere Berufstätigkeiten denkbar, die die Streikbefugnis verbieten"* (S. 81) — deutlicher hat bisher noch kaum jemand ausgesprochen, wohin die Reise gehen soll: weitgehende Einschränkung des Streikrechts, dem Kampfmittel der Gewerkschaftsbewegung!

• *„Sämtliche Überlegungen zur Aussperrung führen zu dem einen Ergebnis: Dieses Mittel der Arbeitgeberseite ist für sie als solches erforderlich und unverzichtbar"* — diese Auffassung wird auch deutlich begründet: *„Vor allem aber kann in den Zeiten schwerer wirtschaftlicher Depression die Arbeitgeberseite vor der Notwendigkeit stehen, den Abbau tariflicher Leistungen im Interesse der Erhaltung von Unternehmen und Arbeitsplätzen zu fordern ... in diesen Fällen wäre eine Angriffsaussperrung angebracht"* (S. 109/113) Angesichts der auch von den Unternehmern erwarteten Verschärfung der ökonomischen Lage ist hiermit die juristische Rechtfertigung für Unternehmerpläne auf Lohnsenkungen, Abbau von Tarifrechten usw. geliefert.

• *„Listen der Arbeitgeber, in denen auf schwere, nicht behebbare Leistungsschwächen der Arbeitnehmer oder auf ein ständig unsoziales Verhalten derselben gegenüber ihren Mitarbeitern hingewiesen wird, sind zu bejahen"* (S. 125) — das heißt nichts anderes als die Wiedereinführung der berühmt-berüchtigten „Schwarzen Listen"

• *„Betriebsbesetzung und Betriebsblockade sind rechtlich unzulässig"* (S. 130) — nach dem bisher schon gesagten wundert diese Aussage natürlich nicht.

• *„Der Sympathiearbeitskampf, der Sympathiestreik sind nicht zulässig"* (S. 159) Warum das so ist, liefert Herr Müller auf Seite 161 c nach: *„Der Sympathiearbeitskampf trägt überhaupt den Keim zu einem Denken in Klassenschichten und in der Konsequenz zu einem Klassenkampfdenken in sich."* Solidarität, gemeinsamer Kampf — das gefällt diesem Herrn natürlich nicht.




**Ein Jahr lang kämpften die britischen Kumpel für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Die arbeiterfeindliche Regierung Thatcher, von der Kohl soviel hält, ging mit allen Mitteln dagegen vor: Polizeieinsätze gegen Streikposten, Gerichtsurteile, die die Gewerkschaft finanziell ausbluten sollten, eine Hetzkampagne in der Presse und totale Gegnerschaft zu allen Arbeiterforderungen — das alles besiegte letztendlich die Kumpel. Heute ist die Bergarbeitergewerkschaft geschwächt, ja sogar gespalten. Thatchers Politik — fürs Kapital erfolgreich — muß uns ein warnendes Beispiel sein!**

## Recht zum Widerstand — Pflicht zum Widerstand

*Das ist kein Streit um Gesetze. Gegen die Pläne der Unternehmer, die diese Regierung verwirklichen soll, tut Widerstand not. Nicht nur der Widerstand der IG Metall. Auch nicht nur der Widerstand des DGB. Sondern der Widerstand all derer, die sich für mehr statt weniger Demokratie einsetzen.*

*Das Streikrecht, von jeher ein zentrales demokratisches Recht: Wenn es erst mal nur noch auf dem Papier steht, aber kaum noch wahrgenommen werden kann, dann können Unternehmer endgültig schalten und walten, wie sie wollen.*

*Und das trifft dann alle, nicht nur die Gewerkschaften, nicht nur Arbeiter und Angestellte. Sondern auch Arbeitslose und Jugendliche, denn die Gegenwehr gegen Sozialabbau und Eliteschulen würde geringer, die Rentner und alle anderen, gegen die es schon die letzten Jahre ständig ging.*

*Die Aushöhlung des Streikrechts ist entscheidende Marscherleichterung: Für den Marsch in den Atomstaat ebenso wie auf dem Weg zum Polizeistaat (und schon heute können sich Reiche über die Geheimdienste Privatagenten leisten) und für all die anderen Wege, die dieses Kabinett der Dunkelmänner im Auftrag der Unternehmer einschlagen soll.*

*Deshalb tut sie not, die Einheit aller Demokraten, aller engagierten Menschen gegen die Änderung des § 116 AFG, denn was so neutral bürokratisch klingt, ist der zentrale Angriff auf das Streikrecht! Widerstand ist Pflicht in diesem Fall!*

# Den Sklavenhändlern das Handwerk legen!



## Wallraffs Anklage muß Folgen haben:

Günter Wallraffs aufsehenerregendes Buch „Ganz unten" hat es ans Tageslicht gebracht: als Türke Ali verkleidet, enthüllte er die schmutzigen Geschäfte der sogenannten Leiharbeitsfirmen, besser Sklavenhändler genannt. Für Hungerlöhne ohne Renten- und Krankenversicherung werden Menschen bei den schlimmsten Dreckarbeiten ausgebeutet. Die Geschäfte dieser Firmen — Remmert und Vogel — seien hier nur stellvertretend genannt —, die Geschäfte laufen blendend. Und warum? Weil diese Sklavenhändler mit den Großkonzernen zusammenarbeiten, die die Existenz dieser Sklavenhändlerfirmen erst möglich und profitabel machen. Thyssen, Mannesmann, die großen Baukonzerne und viele andere sind bei diesen schmutzigen Geschäften dabei.

Belegschaftsabbau auf der einen Seite, verstärkte illegale Leiharbeit auf der anderen Seite — da ist nicht nur der Staatsanwalt gefordert — die Gewerkschaften müssen ran, um dieser Entwicklung einen Riegel vorzuschieben.

## Soweit darf es nie wieder kommen:

Am 2. Mai 1933 besetzten SA-Trupps die Gewerkschaftshäuser. Die Führer der Gewerkschaften gingen in „Schutzhaft" — die meisten kamen in den KZs um. Der endgültigen Zerschlagung der Gewerkschaften gingen jahrelange Angriffe der Kapitalisten voraus. Angriffe, denen oft genug nicht mit der Parole „Wehret den Anfängen" begegnet wurde. Bis es zu spät war und Reaktion und Kapital zuschlugen ...




## Freiheit statt Kapitalismus!

Hier kann man doch wählen, hier ist es immer noch freier als anderswo — das sind in der Regel die Überlegungen, die vielen in den Kopf kommen, wenn die Frage der Freiheit in der BRD angesprochen wird.

**Ist es so?**

• Parteien, die von den Flick und Co. finanziell ausgehalten werden: Warum sollten sie eine Politik im Interesse der arbeitenden Menschen, der Arbeitslosen machen? Sie tun es ja auch nicht.

• Tausende von Prozessen gegen Rüstungsgegner: Ist diese Abrechnung mit der Friedensbewegung etwa eine Stärkung des Demonstrationsrechtes?

• Und jetzt: Der Großangriff auf das Streikrecht, das elementarste aller demokratischen Rechte, die Grundvoraussetzung dafür, daß die Arbeiterschaft überhaupt einen „aufrechten Gang" gehen kann — ein Angriff, den CDU und FDP in Auftrag der Unternehmerverbände, die sie bezahlen, vortragen ...

Die Liste ließe sich verlängern. Um Bayern: Strauß macht einfach ein Sondergesetz und schon kann die Atomanlage in Wackersdorf legal gebaut werden, Einsprüche sind nicht mehr möglich. Und, und ...

### Unser Standpunkt KPD

**Wenn wir Kommunisten sagen, Streikrecht ist für uns ein elementares Freiheitsrecht, dann gilt dies selbstverständlich auch und erst recht für unsere sozialistischen Zielvorstellungen, ganz im Gegensatz zu den Verhältnissen in der DDR.**

Freiheit statt Kapitalismus: Das heißt für uns die Enteignung und Entmachtung jener, die heute das Sagen haben. Die die Verantwortung tragen für Arbeitslosigkeit, Aufrüstung und Abschaffung demokratischer Rechte.

Freiheit statt Kapitalismus: Das heißt für uns ein Leben ohne neue und alte Armut, Arbeit für alle, bessere soziale Sicherung. Und vieles mehr, wofür Gelder da sind, die aber anders verwandt werden. Das heißt aber in erster Linie: Politische Freiheit der arbeitenden Menschen, und damit auch politischer Einfluß, Macht. Zum Beispiel Volksentscheide statt geflickter Abgeordneter, Wähl- und Abwählbarkeit aller gesellschaftlichen Funktionen. Das erscheint heute nur deshalb als utopisch, weil die Kräfte, die aus wohlverstandenem Profitinteresse dagegen sind, stark sind.

**KPD** Kommunistische Partei Deutschlands

**Informationen über die KPD**

Ich bin interessiert an

O einer Probenummer der Wochenzeitung „Roter Morgen"

O weiteren Materialien der KPD

O einem Gespräch

O ich möchte Mitglied der KPD werden

Name ..........

Vorname ..........

Straße ..........

Ort ..........

einsenden an:
KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30

V.i.S.d.P.: H.-D. Koch, c/o KPD, Wellinghofer Str. 103, 46 Dortmund 30.
Eigendruck im Selbstverlag